



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreizehnpaltige Petitzeile 50 Pfennig, Übers- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belastungsregister.

Für die Woche vom 1.—7. Juli ist die Beitragsmarke in das mit 27 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Nicht weniger Organisation, sondern mehr Organisation!

I.

Die Notwendigkeit eines behördlichen Eingreifens in das wirtschaftliche Leben unseres Volkes machte sich schon vom ersten Tage des Krieges ab bemerkbar. Trotzdem noch massenhaft Vorräte vorhanden waren und trotzdem niemand die lange Dauer des Krieges voraussehen konnte, bildeten sich auf dem Warenmarkte ganz unhaltbare Zustände heraus. Die Preise für die notwendigen Lebensmittel gingen im freien Handel sprunghaft in die Höhe, weil die Produzenten ihre Erzeugnisse zurückhielten und die Händler hohe Preisaufschläge nahmen. Einzig und allein die organisierte Warenverteilung in den Konsumgenossenschaften bildete den festen Punkt in diesem Wirrwarr, denn sie dem Samstern einen Riegel vorwarf, die bisherige Preise beibehielt und so beruhigend und preisregulierend wirkte. Sonst aber wurde überall auf dem Warenmarkte der Grundsatzt proklamiert, daß man die günstige Gelegenheit benutzen müsse, um Geld, und zwar recht viel Geld zu verdienen. Der reelle Handel wurde beiseite geschoben und es gewannen jene Elemente die Ueberhand, denen jedes Mittel recht ist, wenn es dazu dienen kann, die Not des Volkes in eine Goldgrube zu verwandeln.

Im Interesse der Allgemeinheit sah sich deshalb der Staat genötigt, den Lebensmittelwucherern und Lebensmittelverfälschern, die die durch eine steigende Nachfrage entstandene Warenknappheit zum Vorteil ihres Selbstweits auszunutzen, die Krallen zu beschneiden und das laufende Publikum gegen diese Raubbögel zu schützen. Es wurde zunächst zur Erreichung dieses Zweckes der Einkauf der Waren im Großen organisiert, und da auch auf den Märkten der neutralen Länder eine wüste Spekulation ausbrach, ging man alsbald dazu über, auch die Wareneinfuhr zu organisieren. Immerhin hatte der freie Austausch der Waren noch einen zehnteligen Spielraum, man begnügte sich vorläufig damit, durch Gründung einer Zentraleinkaufsgesellschaft, durch Festsetzung von Richt- und Höchstpreisen, durch Einrichtung von Preisprüfungsstellen und durch andere Maßnahmen den Kriegswucher zu bekämpfen. Man scheute sich eben, scharf durchzugreifen, weil man einerseits das kapitalistische Gesetz der freien Konkurrenz nicht ausschalten mochte und weil man andererseits damit rechnete, daß der Krieg nicht mehr lange dauern werde. Man betrachtete die Kriegszeit eben als eine Uebergangszeit, deren Unannehmlichkeiten man in den Kauf nehmen müsse, und man hoffte, daß bald wieder normale Verhältnisse im Gebiete der Lebensmittelversorgung eintreten würden. Diese Hoffnung trat leider. Die Verhältnisse verschlimmerten sich immer mehr,

und sie wurden um so schlimmer, je mehr die vorhandenen Vorräte aufgezehrt und je strenger die von unsern Feinden unternommenen Absperrungsmaßregeln durchgeführt wurden. Hinzu kam noch die verminderte Lebensmittelerzeugung im Inlande infolge des Mangels an Arbeitskräften und der ungünstigen Witterung sowie anderer Nebenumstände, so daß die Knappheit an den notwendigsten Lebensmitteln immer fühlbarer wurde. Jetzt genügten die bisher von den Behörden ergriffenen Maßnahmen nicht mehr und die völlige Organisierung der Lebensmittelverteilung wurde eine unabwiesbare Notwendigkeit. Die staatlichen und gemeindlichen Organisationen schossen wie Pilze aus der Erde, es wurden für alle möglichen Lebensmittel Karten und Listen eingeführt, und es kam zuletzt so weit, daß jedem Angehörigen des Staates sein Bedarf ganz genau zugemessen wurde. Trotzdem blähte der Schleichhandel nach wie vor, und das Samstern nahm einen erschrecklichen Umfang an. Selbst die strengsten Strafanordnungen und Bestrafungen blieben wirkungslos, auch alle Bitten und Beschwörungen, Warnungen und Mahnungen verhallten in die leere Luft. So wurden denn immer strengere Maßregeln nötig, bis zuletzt fast sämtliche Lebensmittel beschlagnahmt und rationiert wurden. Eine Verordnung jagte die andere, der freie Handel wurde immer mehr ausgeschaltet, die Freiheit der Gütererzeugung immer mehr beschränkt, und im weiteren Verlauf des Krieges blieb von dem freien Wirtschaftsverkehr nicht mehr viel übrig. Die Organisierung unserer Lebensmittelversorgung hat nunmehr ihren Höhepunkt erreicht und alle Gebiete unseres Wirtschaftslbens ergriffen.

Es kann nicht bestritten werden, daß unsere Kriegswirtschaft, die man fälschlicherweise auch mit dem Namen Kriegssozialismus belegt, den in sie gesetzten Erwartungen und Hoffnungen keineswegs entsprochen hat. Selbst unter Berücksichtigung aller Schwierigkeiten und Hemmnisse muß man doch sagen, daß die Organisierung nirgends so klapperte, wie sie hätte klappen sollen. Es sind zahlreiche Fehler gemacht worden, die ihre Ursache teils in der unter dem Drange der Verhältnisse unvorbereitet und überstürzt vorgenommenen Organisierung haben und sich teils aus dem Mangel an Erfahrung und Sachkunde der mit ihrer Durchführung betrauten Personen erklären. Gleichlaufend damit machte sich der Widerstand der Produzenten und Händler immer unangenehmer bemerkbar. Besonders die Landwirte, denen der wesentlichste Teil unserer Nahrungsmittelbeschaffung obliegt, setzten und setzen den behördlichen Maßnahmen einen hartnäckigen Widerstand entgegen und durchkreuzten aus Selbstsucht oder Unverständnis den besten Absichten der Behörden. Leider ist ihr Einfluß allzu groß, als daß dieser Widerstand leicht zu brechen wäre, und außerdem ist die Landwirtschaft ein so eigenartiges Gebiet, daß eine Regelung äußerst schwierig, wenn nicht ganz unmöglich erscheint. Erhöht wird die vernünftige und gerechte Organisierung unseres wirtschaftlichen Lebens

auch noch durch die innere Widersprüchlichkeit der Verbraucher, die unablässig und mit Eifer darauf aus sind, jede behördliche Maßregel zu umgehen und zu vereiteln.

Die immer deutlicher hervortretenden Mißerfolge unserer Kriegswirtschaft, die zum überwiegenden Teil ihre Ursachen in den Mißverhältnissen der Kriegszeit haben, erzeugten natürlich in den weitesten Kreisen eine steigende Mißstimmung. Die durch die Kriegswirtschaft in ihrer Erwerbtfreiheit beeinträchtigten Volkstriebe der Produzenten und Händler schürten diese Stimmung und liefen förmlich Sturm gegen die Organisierung unserer Lebensmittelversorgung. Sie wiesen hin auf die angeblichen Erfolge der freien Wirtschaft und schoben alle Schuld an den gegenwärtigen schlimmen Zuständen der Organisation in die Schuhe. Wenn wir den freien Verkehr auf dem Warenmarkte hätten, so behaupten sie, wenn die Beschleiwirtung zwischen Angebot und Nachfrage sich ungezwungen entfalten könnte, dann würde sich ganz von selbst ein Ausgleich bilden. Die zwangsläufige Kriegswirtschaft erötet die Freude an der Gütererzeugung und Güterverteilung, weil sie den Erwerbstrieb unterdrückt, und darum wirkt sie hemmend. Wir würden viel mehr Verbrauchsgüterstände haben, wenn die Produzenten und Händler zu ihrem Rechte kämen und ordentlich Geld verdienen. Darum fort mit der Kriegswirtschaftlichen Organisation, die Verkehrs-freiheit muß wieder eingeführt werden. Diese und ähnliche Aeußerungen kann man heutzutage überall hören und sie finden selbst in Verbraucherkreisen Anklang. Sehen wir also einmal zu, ob sie Berechtigung haben oder ob sie auf falschen Voraussetzungen beruhen.

Wer bezahlt die Zecher?

S. A. K. Spurlos geht die schwere Zeit an manchen vorüber, im alten Geiste, in den alten Anschauungen leben sie dahin. Auch die deutsche „Arbeitgeber-Zeitung“ gehört zu ihnen. Unter der Ueberschrift: „Wer bezahlt die Zecher?“ behandelt sie in Nr. 22 die Forderungen der neuen Zeit zugunsten der Arbeiterschaft. Gewiß, man brauche es nicht hundertmal zu wiederholen, auch die deutsche Arbeiterschaft habe „im Allgemeinen“ während des Krieges in musterhafter Bereitschaft und Opferwilligkeit ihre vaterländische Pflicht erfüllt. Die handgreifliche Tatsache, daß ein einziger geistig angeregter Arbeiter mehr wert sei als ein Dutzend Russen, habe auch noch niemand bestritten. Aber es müßte doch wohl der Beweis erbracht werden, daß nun auch diejenigen Arbeiter, die rückhaltlos auf das Banner ihrer Gewerkschaft schwörteten, die höchstehenden seien, oder ob sich nicht das gleiche oder vielleicht noch ein höheres Niveau bei denjenigen finde, die keineswegs, wie die sich in den Vordergrund drängenden Gewerkschaften, den Anspruch erheben, bei der Neuorientierung die erste Rolle spielen zu wollen. Die Parteien, die die Forderungen der Gewerkschaften unterstützten, hätten es leicht, diesen Weg zu beschreiten. Für sie komme höchstens

ein kleines Opfer der Ueberzeugung heraus, dafür rechne man aber mit einem erheblichen Stimmengewinn. Leicht sei die Freigebigkeit aus fremder Tasche! Wer werde die Zechen begahnen? Alles, was man im Namen der sozialpolitischen Gerechtigkeit und Humanität der Arbeiterschaft verspreche, gehe ja nur auf Kosten des Unternehmertums, und das sei bekanntlich ein gebulbtes Lastritt, dessen breiter Rücken schon ganz andere Dinge ertragen habe. Welchen Umfang die gewerkschaftlichen Wünsche annähmen, davon bekomme man einen Vorgeschmack, wenn man das Programm lese, das der zum 8. Juni nach Stockholm einberufenen Gewerkschaftskonferenz vorgelegt sei.

Gegenwärtig werde in weiten Kreisen eine Politik gegenüber den Gewerkschaften betrieben, die fast ausschließlich auf Kosten des Unternehmertums gehe und bei der die wichtigsten Interessen der Volkswirtschaft ohne Skrupel beiseite geschoben wurden. Seien solche Experimente immer gefährlich, so dürften sie in der Zeit nach dem Kriege, die die gesamten Kräfte des Unternehmertums auf die schärfste Probe stellen werde, geradezu verhängnisvoll wirken.

Der typische Unternehmerstandpunkt, wie er vor dem Kriege vertreten wurde! Mit Bosheit gespielte Ueberhebung, gepaart mit volkswirtschaftlicher Unkenntnis. Man sollte ja eigentlich bei dem Zentralblatt deutscher Arbeitgeber-Verbände einige volkswirtschaftliche Einsicht voraussetzen, aber die Herrschaften geben sich keine Mühe, die Lehren der Zeit zu verstehen. Nicht nur die Lehren der Kriegszeit. Man sollte schließlich auch die Einsicht bei unseren Unternehmern erwarten dürfen, daß nicht allein ihr Verdienst es gewesen, das den gewaltigen Aufstieg unserer Industrie in den letzten 30 Jahren gebracht hat, daß der gesunde selbstbewußte Arbeiter einen den Unternehmern zum mindestens gleichen Anteil daran hat. Und man sollte von ihnen auch die Erkenntnis erwarten, daß eine der wesentlichsten Vorbedingungen dieser gewaltigen Entwicklung der Arbeiterschutz und die Sozialversicherung gewesen ist. Das, was die deutsche Industrie groß gemacht, was zu ihrer Entwicklung die Vorbedingungen geschaffen hat, wird auch in der Zukunft die gleichen Wirkungen entfalten. Ganz besonders dann, wenn es wieder aufzubauen gilt, was der Krieg zerstört hat. Gewiß werden die Kräfte der deutschen Unternehmer nach dem Kriege scharf angepannt werden, wie die der ganzen deutschen

Volkswirtschaft. Zu dieser ist aber doch wohl nicht zum wenigsten die deutsche Arbeiterschaft mitzurechnen; sicher ist sie ein den Unternehmern gleichwertiger Faktor. Mit ihrer Arbeitskraft wird sich der Aufbau des volkswirtschaftlichen Lebens in der durch den Krieg so gerrütteten Welt im wesentlichen vollziehen müssen. Die zu schonen und haushälterisch mit ihr umzugehen, ist die dringendste Aufgabe der Zeit. Nach den millionenschweren Verlusten der blühendsten und leistungsfähigsten Arbeitskräfte, mit denen ein in die vielen Milliarden hineingehender Produktionswert vernichtet wurde, gilt es, mit den noch vorhandenen sparsam umzugehen. Jeder Raubbau würde sich in schwerster Weise rächen. Wie nach jeder wirtschaftlichen Zerrüttung nur größte Sparsamkeit zu einer Sanierung führt, so auch nach der durch den Krieg bewirkten. Eine ökonomische Erholung ist nur möglich durch Verzicht aller schädigenden Ausgaben und der Steigerung der unentwickelten Hilfsquellen. Die Arbeitskraft der Menschen ist das produktivste Gut, aber auch durch den Krieg am schwersten mitgenommen. Nur durch intensivsten Schutz der Arbeitskraft können die vom Krieg verschütteten Lebensquellen wieder ergiebiger gemacht, für die Zukunft zum reichlicheren Fließen gebracht werden. Das ist eine so unabweisbare Tatsache, daß sie auch schließlich ein Dr. Felix Ruh, der Schriftleiter der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“, begreifen könnte. Nur wer sich vom Raubbau der vorhandenen Kräfte Nutzen verspricht, kann sich dieser Tatsache entgegenstellen. Sicher vergebens.

Möglich, daß die sparsame Verwendung der vorhandenen Kräfte — um sie für die Zukunft um so mehr erstarren zu lassen — gegenüber einer sie abzubauen und vorzeitig erschöpfenden durch Raubbau, momentan einen scheinbaren Nachteil bedeutet. Für die Zukunft wird sie sich mit absoluter Gewißheit als das beste Prinzip erweisen. So ist Sozialpolitik und Sozialreform zu einer Lebensnotwendigkeit für jeden Staat geworden. Dagegen hilft kein „Sträuben“ und „Zögern, so schwer es auch manchen werden wird, sich in diese Erkenntnis zu finden.

Im übrigen auch, was diese Staatsnotwendigkeit an Lasten erfordert, mag sie werden durch der Arbeit Leistung aufgebracht werden müssen, der geistigen und physischen Arbeit Leistung. Sie gehören zu den Produktionskosten der Volkswirtschaft.

schafft, wie alle andern auch. Und es gibt keine produktiver angewandten, sich in der Zukunft so reich verzinsenden Ausgaben, wie die zugunsten durchgreifender Sozialreform. Und wer wirklich meinen sollte, daß sie die eine Volkswirtschaft der anderen gegenüber ins Hintertreffen bringen könnte, der mag sich zu dem Verlangen belennen, daß den gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrag zugrunde liegt: im Friedensvertrag internationale Vereinbarungen zugunsten des Arbeiterschutzes zu treffen. Dann ist ja eine Vereinheitlichung der Produktionsbedingungen in allen Industrieländern gegeben. Dann braucht auch niemand zu befürchten, daß er die Zechen bezahlt, sondern dann arbeitet die ganze Welt an der Sicherung der Gesundheit der arbeitenden Klassen und sucht dadurch weitzumachen, was der furchterliche Krieg in so brutaler Weise vergebend hat.

Korrespondenzen.

Berlin. Die auf Antrag der Kollegen Böhr und Gg. Schulz zum 17. Juni einberufene Außerordentliche Mitgliederversammlung wurde seitens unseres Gesangsvereins „Solidarität“ mit dem gelungenen Vortrag des Liedes „Liedeslust“ eingeleitet. Nach Verlesung des Protokolls der Versammlung vom 16. Mai, welches ohne Aenderung angenommen wurde, ehrte die Versammlung zunächst das Andenken der gesunkenen Kollegen Bruno Schotte und Paul Gubner und der gestorbenen Kollegen Paul Hermann, Max Hyaakst, Hans Karafschewski und Karl Heimann durch Erheben von den Plätzen. Hiernach berichtete Kollege Baumgarten über die Durchführung der Feuerungszulagen, die mit geringen Ausnahmen durchschnittlich wöchentlich 3 bis 4 Mk. betragen. Leider konnte kein vollständiger Bericht gegeben werden, da ein großer Teil der Beitragsleute verabsäumte, dem Bureau Mitteilung über die Durchführung der Feuerungszulagen in den einzelnen Geschäften zu machen; jedenfalls müßte dieselbe aber genügend ausgefallen sein, da sonst mehr Beschwerden eingelaufen wären. Der jetzt noch nicht im Besitz derselben ist, muß sich die Schuld selbst zuschreiben. Nach Erledigung einiger persönlichen Beschwerden und Anträgen, die nach dem Bureau verwiesen wurden, referierte Kollege Gg. Schulz über die Gründe zur Auflösungsfrage. Zunächst hatte es ihm der Brief des Kollegen Gloth in Nr. 24 der „Solidarität“ angetan, vor allem der Ausbruch „Ahrarler“. Leider fehlte es nicht an Ausfällen gegen den ehemaligen Obmann einer größeren Druckeret und letzten Vor-

Der Glücksfall.

Von Luise Glas.

(Fortsetzung.)

Der Lisbeth aber wurde aller und jeder Verlehr mit den Nachbarn bei Todesstrafe und Enterdung verboten.

Der Erfolg dieser gräßlichen Drohung war, daß sie eine Stunde später draußen auf dem Pflaster ihrem herzallerliebsten Karl ihr bitteres Leiden klagte. Die beiden standen in einem der dunkeln Winkel, von denen die Fleischergasse ihr halb Duzend im Ansturm der gerablinten, neuen Zeit insbesondere für Liebeleute bewahrt hatte, und das Mädchen flüsterte: „Aber ich gehorche nicht, ich geh' doch zur Muhme, ich red' doch mit dir, ich —“

Da griff Karl beschwichtigend nach ihren Händen und antwortete: „Tu's doch nicht, Liesel, gehorcht' deinem Vater. Wenn wir auch was auskämpfen müssen vorher, das macht Mut und feste Arme. Nachher wird's um so schöner am Ziel.“

Lisbeth schluchzte auf. „Ach Gott, — das soll nun ein Glücksfall sein, das! das! ein Unglück ist's, ein bitter-schweres Unglück.“

„Na, na, na“, sagte Karl Peterlein und strich seinem Liesel mit der Rechten über die beiden Hände, die er mit der Linken festhielt. „Man muß bei jedem Wetter seinen Garten pflegen, am Ende trägt er Frucht — wer weiß, wozi's gut ist. Der Großtopf wollte mir auswärts einen großen Bau übertragen, und ich schlug's ab wegen deiner. Nun sollen wir zwei nicht miteinander reden — wär's da nicht geschickt, ich ginge doch?“

Freilich, wenn sich zwei Liebeleute nicht treffen können, dann unterbleibt auch das Reden. Und je schärfer einer arbeitet, desto schneller kommt er vorwärts.

„Soll ich gehen? Traust du mir, Liesel?“

„Ja, ja — geh' nur“, schluchzte sie auf. Dabei fiel sie ihm um den Hals und küßte ihn zum erstenmal ganz von selber und freiwillich ab — denn die Erinnerung mußte nun mindestens auf ein halbes Jahr vorfallen. —

Dieser Entschluß gab dem Leben der beiden ein ganz ander Gesicht. Aber auch bei den übrigen Bierlings ging's schnell mit den Veränderungen.

Am andern Morgen schon fand der Vermittler einen Laden, den er über den Archurm lobte; im ersten Feuerzeifer wurde er gemietet, und dann wurden die drei Männer über diesen Laden durchaus nicht einig.

Der Großvater, auf dessen Namen das Geschäft gehen sollte, wehrte sich eigenstänig dagegen. „Nein“, sagte er, „und nochmals nein! Wie nehme ich mich in einem feinen Laden aus? Ge? — Wie soll ich ein Kalköhrgeschäft leiten? Ge? — Ich bin ein Fleischschneider und will mich auf meine alten Tage nicht auslachen lassen. Ich putze mein Häuschen auf und flicke meine Knopflöcher mit Primafese — das kann ich mir für mein Geld leisten. Aber habermut selb.“

Die Folge davon war, daß die Bierlings Männer ihre hundertfünfzigtausend Mark teilten. Großvaters Drittel blieb im Wandschrank: „Ich nehme Papiere, ich bin fürs Gewisse.“ — Und die Brüder mieteten sich zusammen den Laden. Außerdem tat auch hier jeder nach seinem Gefallen.

Frau Zule sagte: „Wir haben Kinder, wir müssen Anschaffungen machen. Wir müssen für

die Erziehung ausgeben und das Geld vermehren. Der Vermittler wird schon wissen wie.“

Onkel Ede sagte, er müsse feins schnell Loder machen können, Junggesellen seien bewegliche Leute.

Also besaß jeder nur noch fünfzigtausend Mark; aber das war doch gewiß ein schönes Stück Geld. —

Die Fleischergasse hatte sich an Bierlings Glücksfall gewöhnt; auch an das Doppelhaus, das sie, weil das Glück vom Himmel gefallen war, himmelblau anstreichen ließen; und an Großvaters Besz oben an der Lir, über den anfangs gelacht und gescholten wurde. Jetzt sah keiner mehr hin.

Auch die drinnen im Hause waren die Veränderung gewöhnt. Familie Julius bewohnte das obere Stockwerk der beiden Häuschen, die Fußböden waren glatt poliert, die Wände mit Gold, Rot und Blau beklebt und die Stuben mit neuem Hausrat gefüllt.

Nur unten beim Großvater blieben die alten Möbel und die alten Gewohnheiten. Auch Lisbeth blieb unten. Als der alte Mann sich gegen den plüschbezogenen Oberstock wehrte, dachte sie: Das ist dein Glücksfall, da kannst du Hausfrau lernen! und erbot sich zum Bleiben.

Der Mutter war's recht, dem Großvater war's mehr als recht. Nun erhielten sie unten zusammen alles, wie es am Tage des Gewinnes gewesen war: den wackligen, runden Tisch mit der Wachs-tuchdecke und den kleinen, festen an der Wand, mit dem Rasten, in dem das Semmelkröbchen stand. Auch dies Semmelkröbchen wurde frisch

stehenden der Berliner Zahlstelle. Redner ging dann auf die jetzigen unzulänglichen Löhne ein. Die Lebensmittelpreise sind um 200 bis 300 Prozent gestiegen, dies gleiche aber die jetzige Feuerungszulage nicht aus. Auch die Zahl der Tariforte im Gegensatz zur Zahlstellenzahl ließ er Revue passieren. Nach eifriger Tarifdauer hat die Organisation weniger Tariforte als zu Tarifabschluss. Als 1911 Kollege Moritz für eine Besserstellung der tariflichen Lage der Berliner Kollegen eintrat, wurde er abgewürgt. Vieh ihn die Kollegen damals fallen, so hatte er sich dies durch sein persönliches Auftreten zuzuschreiben. Das Kriegsamt schreibt für ungeleitete Arbeiter vor, daß sie 50 Mt. verdienen müssen. Wollen wir mal 50 Mt. verdienen, so muß Nacht- und Sonntagsarbeit hinzugezogen werden. Die Feuerung wird nach Kriegsabschluss weiter bestehen, die Feuerungszulagen werden aber fortfallen, deshalb sei es nötig, die Löhne höher zu bringen. Der Tarif soll bis Schluß 1918 verlängert werden, ist aber der Krieg früher beendet, so haben wir uns wieder nach dem Tarif zu richten; die Minimallohne sind dann aber durch die Verhältnisse überholt. Würde. Gloth in Berlin sein und würde er sehen, wie die Kollegen gedrückt werden, so würde er nicht von Königsberg schreiben. Leider haben wir Zahlstellen mit einer ganz geringen Mitgliederzahl, die sich erlauben, zu beschließen, was für Berlin notwendig ist. Würde Kollege Thiede selbst an der Maschine arbeiten müssen mit diesen Löhnen, dann würde sie nicht das Korreferat halten. (Unruhe.) Hat man viel Geld, bekommt man viel Lebensmittel, deshalb ist es notwendig, mehr zu verdienen. Was Gloth schreibt, ist nicht maßgebend, deshalb stimmen sie im Sinne meiner Ausführungen ab. Nachdem Kollege Baumgarten die einzelnen Ausfälle gerügt, korreferiert Kollege Thiede. Sie hätte gewünscht, daß mehr sachlicher gearbeitet worden wäre und man das persönliche Gebiet nicht betritten hätte. Der beste Freund der Kollegen ist der Kriegsbeginn war der Tarif, als ein großer Teil der Prinzipale sich auf den Standpunkt stellten, sie könnten nun tun und lassen, was sie wollten. Die Schulz behauptete, sei der Tarif nur für die Provinz und für die Prinzipale ein Vorteil; dies sei aber ein großer Irrtum. Daß kleinere Zahlstellen vorhanden sind und die Mitgliederzahl zurückgeht, liegt eben daran, daß wir Krieg haben. Und schon drei Jahre Krieg! Trotzdem ist es gelungen, unser Organisationsgebäude fest zu legen: und immer und immer weiter wird an der Vollkommenheit dieses Gebäudes gearbeitet. Selbstverständlich haben auch kleinere Zahlstellen ein Mitbestimmungsrecht, denn diese sind doch Mitglieder. Rednerin geht dann die Tarifgeschichte durch vom ersten Abschluß bis zum heutigen Tage und führt auch die durch denselben errungenen Vorteile an. Sei nicht alles nach unseren Wünschen gegangen, so seien nicht die Verhändler, sondern die Verhältnisse und die

mit Großemlosgen gefüllt, sobald es leer geworden war, weil sich's am ersten Tag so gemacht hatte.

Großvater aber saß kreuzbeinig auf seinem Tritt und stützte die Invaliden der Fleischergasse aus, soweit die alten Augen das zuließen.

Zule und Ede waren jetzt dazu zu vornehm; sie gingen, Tag um Tag wechselnd, in den feinen Baden in der Stadt, wo sie Gesellen und einen Geschäftsführer sitzen hatten, die nicht viel mehr taten als die Herren selber, aber mit großer Hebegewandtheit vom glänzenden Stand des Geschäfts berichteten.

Zule verstand sich nicht darauf, den Untergebenen auf die Finger zu sehen; Zule war reichlich bequem. Des Großvaters Behaglichkeit hatte sich bei ihm beinahe in Faulheit gewandelt. — Auch geheiratet hatte er eigentlich aus Bequemlichkeit — das erstemal schon, das zweitemal erst recht. Früher bezwang er sich dem Sattwerden zuliebe, seit das Geld im Kasten lag, hatte er das nicht mehr nötig, es gut, und nahm zu an Fett und Gemütsruhe.

Onkel Ede hätte denen in der Stadt auf die Finger sehen können, er war klug und lebendig von Natur — aber bei ihm verwandelte sich Großvaters Behaglichkeit in Lebenslust und Gemütsfreude, die sich nicht stören lassen wollten.

Deshalb brachte er vor dem Gewinn das Geschäft in der Fleischergasse nicht in die Höhe und wollte sich jetzt die Großelostfreude nicht von der Streberei verderben lassen. Würde das Geld alle, dann war's wie vorher — übrigens würde es gar nicht alle werden — hundertfünfzigtausend Mark!

(Fortsetzung folgt.)

Durch den Krieg hervorgerufenen Situationen Schuld. Würde der Tarif gekündigt werden, so betrachte sie diese Kündigung als einen großen Fehler und könne die Verantwortung dafür nicht übernehmen. Wie sieht es denn aus bei Kriegsbeendigung? Die Munitionsfabriken werden ihre Pforten schließen, schon von dort werden viele in ihren alten Beruf zurückkehren, und dann kommen doch auch unsere Feldgrauen zurück, die zum Teil von vorn anfangen müssen, weil ihnen der Krieg alles nahm. Als diese hinaus gingen, gelobten wir, unser Organisationsgebäude zu schützen, damit sie dasselbe bei der Rückkehr wieder vorfinden und einen Halt haben. Kommen diese alle zurück und wir sind den Ausführungen Schulz gefolgt, dann finden sie nicht mehr den festen Rückhalt wieder. Diese Verantwortung kann niemand übernehmen, weshalb sie eruche, die Tarifkündigung abzulehnen. In der Diskussion äußerte sich zuerst Kollege Gallonsta, der jedem empfahl, so abzustimmen, wie er es für richtig hält. Kollege Krummrey erklärte, daß Berlin zum größten Teil die Mittel liefere, damit einzelne Gane Zuschüsse erhalten können. Er kritisierte die Fortzahlung der Teilgebälter an die zum Heeresdienst einberufenen Verbandsangehörigen und ist der Ansicht, daß der Brief Gloths gerade zur rechten Zeit einliefe. Er schilderte dann die Verhältnisse betrahe noch trasser wie Schulz und wandte sich an die Kollegen, sie möchten sich nur dies eine Mal als Männer zeigen und den Tarif kündigen: Kollegin Lautant ist Gegnerin der Tarifkündigung, die Wandervogel der Organisation wissen dann, was ihnen bevorsteht. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird hiernach, nachdem Kollege Lohdahl dagegen gesprochen, mit 133 gegen 70 Stimmen angenommen. Kollege Baumgarten verlas folgende einelaufene Entschließung:

Nach Anhören des Referats des Kollegen Schulz und Korreferats der Kollegin Thiede erklärt die Versammlung am 17. Juni: Trotz der Feuerungszulagen sind die Löhne des Berliner Hilfspersonals so minimal, daß in der so schweren wirtschaftlichen Situation eine Erkenzmöglichkeit kaum vorhanden ist. Die Verarmung ist überzeugt, daß die jetzige Zeit der Tarifkündigung durchaus ungeeignet ist. Es muß gelingen, während der Kriegsdauer die Lohnverhältnisse mit der Feuerung aneinander auszugleichen, auch soll der Kollegen, die jetzt im Felde steht, die Möglichkeit der Mitberatung ihrer Interessen gesichert werden. Wir verpflichten uns, gemeinsam mit dem Vorstand ununterbrochen bemüht zu sein, durch weitere Forderungen an Lohn- und Feuerungszulagen unsere Verhältnisse zu verbessern.

In einem kurzen Schlußwort im Sinne seines Referats stellt Kollege Schulz und sodann in ihrem Schlußwort Kollegin Thiede nochmals ihre Ansichten klar. Kollege Baumgarten macht verschiedene Richtigstellungen, wobei Kollege Feister versucht, den Vorstehenden mundtot zu machen, er solle nicht so lange Erreden halten. Die Entschließung und ein Antrag Krummrey:

Die am 17. Juni in den Zentral-Festhällen stattfindende Versammlung der Buch- und Steinruderei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands beauftragt den Vorstand, den Tarif zu kündigen,

wurden nochmals verlesen. Nachdem Kollege Baumgarten erklärt, daß durch den vorzeitigen Schluß der Debatte die Stellung des Vorstandes zur Sache abgewartet werden müsse, wurde der Antrag Krummrey mit 105 Stimmen angenommen, die Entschließung erhielt 59 Stimmen. Damit wurde die zu Anfang gut besuchte Versammlung geschlossen.

Berlin. Zum 21. Juni hatte der Vorstand wiederum eine Außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Stellungnahme des Ortsvorstandes zu dem Versammlungsbeschluß vom 17. Juni betr. Kündigung des Tarifs und Diskussion“. Nach Verlesung des Protokolls vom 17. Juni und unverständlicher Annahme desselben empfahl Kollege Feister der außerordentlich gut besuchten Versammlung, von einer Tagung Abstand zu nehmen, da die Versammlung am Sonntag ordnungsgemäß einberufen war und das Notwendige beschlossen habe, event. an einer Abstimmung heute nicht teilzunehmen. Gegen diesen Antrag wandte sich Kollege Weich. Der Vorstand konnte durch den vorzeitigen Debatteabschluß seiner Meinung nicht Ausdruck geben, diese müssen aber die Mitglieder unbedingt kennen lernen. Der Antrag Feister wurde hierauf abgelehnt. Kollege Baumgarten legte den Standpunkt des Vorstandes klar, der in seiner Sitzung am 18. Juni einstimmig erklärte, diese Verantwortung nicht übernehmen zu können und entschlossen ist, die Konsequenzen zu ziehen. Er

führte die durch den Tarif errungenen Vorteile, die durch denselben getroffenen Vereinbarungen, auch schon für Kriegsbeendigung, vor Augen und machte darauf aufmerksam, daß der Vorstand rechtzeitig auf seinen Standpunkt aufmerksam macht (die Kündigung muß bis 1. Juli perfekt sein), damit die Kollegen geeignete Maßnahmen ergreifen kann. Gegen diese Ausführungen wandte sich Kollege Feister, nochmals die Kollegen, die am Sonntag für Tarifkündigung waren, er suchend, sich an einer event. Abstimmung des Gegenteils nicht zu beteiligen. Der Beschluß bestehe zu recht, man solle sich durch eine Amtsniederlegung des Vorstandes nicht beeinflussen lassen. Baumgarten versteht nicht, wie Feister sich die Sache denkt, wenigstens hat er nicht angeführt, wie es gemacht werden soll, wenn der Beschluß zu recht besteht, der Vorstand ihn aber nicht ausführen kann. In scharfer Weise wandte sich Kollege Reinte gegen den Beschluß. Er habe als Arbeitsnachweiser einen guten Einblick in die Verhältnisse der Kollegen. Nur ein Bruchteil würde vielleicht einen augenblicklichen Erfolg haben, aber das Gros den Nachteil. Er führte die Organisationsarbeit von der Gründung bis zum Tarifabschluss und die Vorteile in der tariflichen Periode an und stellte sich auf den Standpunkt, eine Tarifkündigung würde die jahrzehntelange Tätigkeit und die dadurch hervorgerufenen Errungenschaften sehr in Frage stellen. Ein Antrag des Kollegen Abbl:

Stelle den Antrag, den Tarif, hauptsächlich im Hinblick auf die nach dem Kriege zu erwartende Arbeitslosigkeit und deren Folgen, bis zum Ende des Jahres 1918 bestehen zu lassen und nicht zu kündigen,

wurde verlesen. Kollege Gaudt wandte sich gegen diesen Antrag. Kündigen wir den Tarif, dann sind wir freie Arbeiter und können fordern. Was wir jetzt verabsäumen, bringt uns keine Erleichterung wieder. Kollegin Thiede stellte sich dem entgegen in längeren Ausführungen; schließlich ist ein Stück Brot in der Hand besser, als ein Braten, der in Aussicht gestellt wird. Eine andere Lösung, Tarifrevision, würde schließlich eher zum Erfolg führen als Tarifkündigung. Den Standpunkt des Vorstandes könne sie nachfühlen und halte denselben für den einzig richtigen. Kollege Baumgarten machte nun einen Vermittlungsvorschlag, die Prinzipale schnellstens zu eruchen, den Kündigungstermin bis 1. Oktober zu verschieben. In der Zwischzeit soll der Vorstand, eventuell mit einer Kommission zusammen, versuchen, eine Revision besonderer Wünsche herbeizuführen. Kollegin Lautant führte die Arbeitslosigkeit bei Kriegsbeginn vor; sie war 32 Wochen arbeitslos und könne nur empfehlen, diesen Vorschlag des Vorstandes anzuerkennen und anzunehmen. Kollege Karl Schulz schilderte als Kriegsberlehter die ungenügenden Maßnahmen der Kriegsfürsorge. Die am Sonntag vorgelegte Entschließung war nicht weitgehend genug; darum schafft Verhältnisse, daß ihr euch nicht fürchten braucht, wenn die Feldgrauen zurückkommen. Nachdem Baumgarten den letzten Passus der Entschließung klargelegt, ersuchte er, den gemachten Vermittlungsvorschlag hiermit in Vergleich zu stellen. An der Debatte beteiligten sich noch die Kollegen Krummrey und Lohd; ersterer sind die Grundlöhne zu niedrig, letzterer mahnt zur Vernunft, indem sich die Kollegen dem Vorschlag des Vorstandes anschließen. Ein Geschäftsordnungsantrag auf Schluß der Debatte wurde mit 343 gegen einige 20 Stimmen angenommen. Nachdem Kollege Baumgarten den Vermittlungsvorschlag näher präzisiert, wurde dieser mit 273 gegen 96 Stimmen angenommen und nach Erledigung einiger persönlicher Bemerkungen und Anfragen die Versammlung mit einem Hoch auf die allgemeine Arbeiterbewegung, um 9/4 Uhr geschlossen.

Hannover. Die am 14. Juni tagende Mitgliederversammlung war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorstehende, Kollege Gremmel, in ehrender Weise der gefallenen Kollegen Karl Werner und Friedrich Koch. Die Versammelten ehrten das Andenken derselben in gewohnter Weise. Das Protokoll wurde unverändert angenommen. Zum ersten Tagesordnungspunkt berichtete der Vorstehende über die bisher gemeldeten Feuerungszulagen und gab das Schreiben der Hannoverschen Prinzipalsvereinigung bekannt, das nicht befriedigt. Darauf erteilte er Kollegin Thiede das Wort zu ihrem Vortrage. Die Referentin schilderte den Verkauf der Feuerungszulagen-Bewegung und die Verschlebeartigkeit der bisher in den einzelnen Städten gezahlten Feuerungszulagen. Sie wies nach, daß in größeren Druckorten mit besserem Organisationsverhältnis die höchsten Feuerungszulagen gezahlt werden. Auch kleine, gut organisierte Orte erhalten höhere Zulagen, als es an

manchen mittleren Druckplätzen, z. B. in Hannover, der Fall ist. Die Redaktion schilderte dann die Kriegsarbeit, die im Verbandsgebiet geleistet worden ist und gab die für Arbeitslose, Kranke und Kriegsteilnehmer ausgezahlten Summen bekannt. Lobend wurde erwähnt, daß es nur durch die Hilfsbereitschaft der arbeitenden Kollegen und Kolleginnen möglich war, die Kosten der langen Arbeitslosigkeit, stetig zunehmender Krankenunterstützung und der Kriegsfürsorge aufzubringen, ohne die Kasse besonders zu schwächen, die jetzt gefestigter und größer dasteht als vor dem Kriege. Darum aber darf nicht mit der Zahlung von Extrabeiträgen aufgehört werden, denn bei Kriegsschluß wird eine erneute große Arbeitslosigkeit abermals enorme Anforderungen an den Verband stellen. Die Fahnenflüchtigen haben zu Kriegsbeginn geglaubt, ihre Beiträge sparen zu sollen, und doch hat wohl keines dieser Mitglieder einen Pfennig gespart. Wenn wir nun für die Kollegenchaft solcher Orte eintreten sollen, damit auch sie bessere Lohn- und Teuerungszulagen erhalten, dann müssen sie sich vorher organisieren, denn für Nichtorganisierte kann und wird die Organisation nicht eintreten. In der Diskussion wurde dann noch aus verschiedenen Betrieben berichtet, und die Kollegenchaft versprach, in engerer Weise für die Organisation einzutreten. Es meldeten sich verschiedene Kolleginnen zur Aufnahme. Geschäftsverfammlungen wurden gewünscht. Mit einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden fand die schon verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Magdeburg. In unserer Versammlung am 9. Juni in „Diamantbräu“ richtete Kollege Lochmann, dessen Rückkehr aus dem Felde freudig begrüßt wurde, einleitend dankende Worte an die Mitglieder, die mit opferwilliger Treue unsere Organisation in dieser schweren Zeit gestützt haben. Da der Kollege Otto, der den Vorsitz bisher vertreten hatte, aberufen ist, übernahm Kollege Lochmann denselben. Er wünschte, noch die Wahl zweier Vorstandsmitglieder vorzunehmen. Gegen diesen Vorschlag erhob sich kein Widerspruch und wurden als zweite Vorsitzende die Kollegin Eide und als Beisitzerin Kollegin Federhoff gewählt. Unter „Mittelungen“ wurde bekanntgegeben, daß die Bureauzeit auf 5 bis 7 Uhr täglich beschränkt sei. Zu Punkt 2: „Die Einführung unserer Teuerungszulagen“ erhielt Kollegin Wosse das Wort. Sie führte aus, daß einzelne Prinzipale versuchten, die neugewährten Teuerungszulagen zu dem tariflichen Mindestlohn (12,38 Mk.) hinzuzufügen. Bei einer Unterhandlung mit den Prinzipalen ist jedoch beschlossen worden, diese 4.— Mk. Teuerungszulage wöchentlich zu den bestehenden Wochenlöhnen unter Fortfall der monatlichen Teuerungszulage von 6 Mk. zu gewähren. Erfreulicherweise sind von dem größten Teile der Prinzipale diese Beschlüsse zur Durchführung gekommen, so daß wir Löhne von 17.— bis 20.— Mark (durchschnittlich 18,50 Mk.) zu verzeichnen haben. Die anschließende Diskussion ergab, daß gerade eine der größten Firmen die Wochenlöhne um 1.— Mk. gekürzt habe. Diese Mitteilung rief die größte Mißstimmung unter der Kollegenchaft hervor, und es wurde beschlossen, hier noch einmal vorstellig zu werden. Unter „Verschiedenes“ wurde ein gemeinsamer Ausflug per Dampfer vorgeschlagen, der allgemeinen Beifall fand. Durch Rundschreiben wird Ort und Tag noch festgesetzt werden. Danach machte uns Kollegin Wosse noch sehr interessante Mitteilungen über Fabrikflegerinnen und deren Tätigkeit, und wurde um 1/2 11 Uhr die mäßig besuchte Versammlung geschlossen.

Rundschau.

Jahresbericht des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. Der Mitgliederbestand bezifferte sich auf 28 222; da der Verband bei Ausbruch des Krieges etwa 70 500 Mitglieder zählte, so ergibt sich, daß während des Krieges etwa 8000 neue Mitglieder der Organisation beigetreten sind, wovon ein Beweis, daß auch in dieser schweren Zeit der Verband seine Werbekraft bewahrt. Eine Tatsache, die um so erstenslicher wirkt, als in verschiedenen andern Berufsorganisationen selber konstatiert werden mußte, daß selbst ein Teil der vom Militär Entlassenen den Wiederanschluß an ihre Gewerkschaften nicht für notwendig erachtete. Bis zum 31. Dezember 1916 waren 53 000 Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen, 6500 sind als kriegsverletzt oder dienstunfähig entlassen worden, mehr als 5000 Gefallenen haben den Tod auf den Schlachtfeldern erlitten.

Unter Einrechnung eines Saldboritrages von 11 105 504,17 Mk. verzeichnete die Hauptkassa im Jahre 1916 an Beiträgen 1 862 916,90 Mk., an

Eintrittsgeld 1870 Mk., an Extrasteuern (Nachzahlungen) 86,50 Mk., an sonstigen Einnahmen (Zinsen usw.) 452 288,01 Mk.; insgesamt also 13 422 665,58 Mk.

Diesen Einnahmen standen an Ausgaben gegenüber: Reiseunterstützung 1172,16 Mk., Arbeitslosenunterstützung 49 386,50 Mk., Unterstützung nach § 25 der Verbandsbestimmungen 330,75 Mk., Unzugskosten 17 640 Mk., Außerordentliche Unterstützung 2855,25 Mk., Unterstützung an vorübergehend Arbeitsunfähige 419 253 Mk., Unterstützung an dauernd Arbeitsunfähige 484 832,80 Mk., Verwaltungsstellen 108 190,68 Mk., Rechtschutz 490,65 Mk., Verwaltungskosten des Verbandsvorstandes 39 480,25 Mk., Verwaltungskosten usw. in den Gauen 94 419,36 Mk., Sonstige Ausgaben in der Hauptverwaltung 498 012,02 Mk.

Die Arbeitslosigkeit bewegte sich infolge der vielen Einziehungen und des dadurch in Erscheinung getretenen Mangels an Arbeitskräften im Vergleiche zu den Friedensjahren in engen Grenzen, der Krankenstand jedoch hat gegen das Vorjahr eine beachtenswerte Steigerung erfahren. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen am Ort und auf der Reise betrug 72 556, die Zahl der Krankenstage 348 271; der Durchschnittsmittelgliederstand 30 461. Hieraus ergibt sich, daß im Jahre 1916 199 Mitglieder oder 0,7 Proz. (1915: 2,57 Proz.) sämtlicher Mitglieder Arbeitslosigkeit erlitten und 954 Mitglieder oder 3,2 Proz. (1915: 2,57 Prozent) sämtlicher Mitglieder das ganze Jahr hindurch krank waren. Auf jedes Mitglied berechnet kamen demnach 2,28 (1915: 14,87) Tage Arbeitslosigkeit und 24 (1915: 9) Tage Krankheit.

Das Verbandsvermögen (ohne Einrechnung der Vermögensbestände in den Gau-, Bezirks- und Ortskassen) betrug am 31. März 1917 11 706 602,16 Mark (gegen 11 105 504,17 Mk. um die gleiche Zeit des Vorjahres). Die schon im zweiten Kriegsjahre festzustellende Erholung von dem starken Abwärtsschlag des ersten Kriegsjahres hat also auch im dritten angehalten.

Der „Korrespondent“ hatte eine Einnahme von 61 961,50 Mk. und eine Ausgabe von 98 478,75 Mark zu verzeichnen, so daß ein Zuschuß von 36 517,25 Mk. erforderlich wurde (gegenüber einem solchen von 16 379 Mk. im Jahre 1915). Neben der Verringerung der Einnahmen an Abonnements treten hier der bedeutend gestiegene Papierpreis und die verteuerten Druckkosten erstmalig in Erscheinung, zu welchen Verteuerungen der billige Anzeigenpreis in gar keinem Verhältnis mehr steht, ganz abgesehen von dem niedrigen Bezugspreise des „Korr.“. Die Auflageziffer ging im Vorjahre auf rund 28 000 zurück (gegen rund 50 000 Ende 1913).

An Unterstützungen wurden seit Kriegsbeginn bis Ende 1916 aus der Verbandskasse gezahlt 5 131 468 Mk. Aus andern Kassen flossen 1 727 818 Mark und aus den Gau- und örtlichen Kassen für die Familien der zum Heer einberufenen Mitglieder 1 893 468 Mk. Zu dieser Summe steuerte die Verbandskasse noch rund eine halbe Million Mark bei. Diese Leistungen zeigen ein erfreuliches Bild der Opferwilligkeit der dabei wirkenden Mitglieder wie der Leistungsfähigkeit der Organisation.

Die Reserven der Volksfürsorge werden durch das günstige Ergebnis des Geschäftsjahres 1916 eine erhebliche Stärkung erfahren, wenn die bevorstehende Generalversammlung der Gesellschaft, wie das zu erwarten ist, den Vorschlägen der Verwaltung über die Verwendungs des Ueberschusses zustimmt. Dieser Ueberschuß beträgt 217 421,27 Mk. Davon erhalten der gesetzliche Reservefonds, der Organisationsfonds, der Kriegsreservefonds und der Fonds zur Bildung einer besonderen Reserve je 5 Prozent, das sind je 10 871,06 Mk., zusammen also 43 484,24 Mk.

Der gesetzliche Reservefonds erhöht sich somit von 19 341,45 Mk. um 10 871,06 Mk. auf 30 212,51 Mark; der Organisationsfonds von 106 719,89 Mk. um 10 871,06 Mk. auf 117 590,95 Mk.; der Kriegsreservefonds von 99 341,45 Mk. um 10 871,06 Mk. auf 110 212,51 Mk.; der Fonds zur Bildung einer besonderen Reserve von 19 341,45 Mk. um 10 871,06 Mark auf 30 212,51 Mk.; zusammen von 244 744,24 Mark um 43 484,24 Mk. auf 288 228,48 Mk.

Dem Gewinnreservefonds der Versicherer, der 219 626,34 Mk. beträgt, sollen aus dem Ueberschuß des Jahres 1916 126 642,21 Mk. zugewiesen werden, so daß er auf 346 268,55 Mk. anwächst. Neben diesen zugunsten der Versicherten wirkenden Reserven wird von der Verwaltung in Rücksicht auf die heutigen Verhältnisse eine Kontokorrentreserve von 15 000 Mk. und eine Kursschwankungsreserve von 40 000 Mk. vorgeschlagen.

Eingegangene Druckschriften.

Sozialwissenschaftliche Bibliothek. I. Band. Paul Umbreit: „Die deutschen Gewerkschaften im Weltkriege.“ 122 Seiten. Preis gebunden 2 Mk., kartoniert 1,50 Mk. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. Berlin 1917.

Der Verlag für Sozialwissenschaft in Berlin hat mit der Herausgabe einer „Sozialwissenschaftlichen Bibliothek“ begonnen, von der uns der erste Band in einem Buch Paul Umbreits über „Die deutschen Gewerkschaften im Weltkriege“ vorliegt. Uns dünkt die Behandlung gerade dieses Stoffes als ein höchst glücklicher Griff, da die Gewerkschaften während des Krieges eine Bedeutung im öffentlichen Leben erlangt haben, die weitestgehend geradezu zwingt, sich mit den gewerkschaftlichen Bestrebungen bekannt zu machen. Überall zeigt sich ein lebhaftes Interesse für die Gewerkschaften, ihre Geschichte und Entwicklung, ihre Einrichtungen und Ergründungen. Universitäten und Seminare erforschen sie um Ueberlassung statistischen Materials, Militärs, die mit Gewerkschaftsvertretern in der Kriegswirtschaft und Kriegsfürsorge zusammenarbeiten, möchten sich über die Gewerkschaften unterrichten, Volkswirte und Politiker verlangen Auskünfte, und die Tagespresse bringt Aufsätze aus Gewerkschaftskreisen. Selbst das neutrale Ausland hat Pressevertreter nach Deutschland entsandt, um zugleich mit der deutschen Kriegsfürsorge und Kriegswirtschaft auch das deutsche Gewerkschaftswesen zu studieren.

Der Verfasser des vorliegenden Buches, Paul Umbreit, scheint uns für die Behandlung dieses Wissensgebietes besonders geeignet zu sein. Seit drei Jahrzehnten inmitten des deutschen Gewerkschaftslebens stehend, leitet er seit 17 Jahren das Zentralorgan der Gewerkschaften, das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“, als Redakteur. Durch diese Stellung in der Zentrale aller Gewerkschaften ist er besonders befähigt, eine zuverlässige Schilderung der Kriegsarbeit der deutschen Gewerkschaften zu bieten.

Das vorliegende Buch gibt eine knappe Schilderung der Gewerkschaften vor dem Kriege, ihrer Entwicklung und Zusammenhänge, ihrer Einrichtungen, Kämpfe und Ergründungen. Daran schließt sich eine Darstellung der Wirkungen des Krieges auf das Gewerkschaftsleben und der Tätigkeit der Gewerkschaften im Weltkriege: in der Fürsorge für die Kriegerfamilien, in der Arbeitslosenfürsorge, in der Kriegsschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge, in der Lebensmittelversorgung und in der Kriegswirtschaft. Weitere Abschnitte schildern die Sozialpolitik im Kriege, die Mitarbeit der Gewerkschaften bei der Gestaltung und Durchführung des Hilfsdienstgesetzes und das Zusammenwirken aller Gewerkschaften und Angestelltenverbände.

Von besonderem Interesse ist heute für Politiker das Kapitel über den sozialistischen Parteifreie und die Gewerkschaften, aus dem hervorgeht, daß die letzteren durch ihr Festhalten an der Politik des 4. August 1914 einen bedeutenden Einfluß auf die Parteientwicklung ausgeübt haben. Sie konnten freilich die Sprengung der Parteieinheit nicht verhindern, haben aber sicherlich dazu beigetragen, daß der Radikalismus des linken Parteiflügels, der sich jetzt als „unabhängige Partei“ konstituiert hat, nur geringen Rückhalt in den Arbeitermassen fand. Zum Schluß wird der Aufgabenkreis der Gewerkschaften nach dem Kriege näher umschrieben und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Arbeiterschaft ihren Organisationen nach dem Kriege die Treue wahr, damit diese in stande sind, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Umbreit verheißt nicht, daß die Gewerkschaften großen wirtschaftlichen Kämpfen entgegengehen, und daß sie, treu ihrer ganzen Vergangenheit, diese Kämpfe mit aller Kraft aufnehmen werden, falls das Unternehmertum sich nicht zu friedlicher Verständigung bereit findet. Ebenso werden sie für soziale Reformen, gesetzliche Sicherung der Arbeiterrechte und volle Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiterklasse kämpfen.

Es ist ein ebenso inhalt- wie lehrreiches Buch, das uns geboten wird. Wir hoffen daher, daß es sich sowohl bei der Arbeiterschaft als in außenstehenden Kreisen, die sich für die neuere bedeutende Entwicklung des Gewerkschaftslebens interessieren, großer Nachfrage erfreuen wird.

Adressenänderungen.

Regensburg.

Voritzende und Kassiererin: Frau Sophie Adlisch, Leberergasse 11.